

Inhaltliche Stellungnahme von Die Linke Rheinland-Pfalz zum

Erwartungspapier der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) sowie des Flüchtlingsrat RLP e.V. und des Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz: „In Wort und Tat: Demokratie verteidigen! – Menschenrechte achten! - Erwartungen an die demokratischen Parteien in Rheinland-Pfalz in der Legislaturperiode 2026 bis 2031“

Mainz, 30.01.2026

Wir begrüßen das vorliegende Erwartungspapier und unterstützen *vollumfänglich* alle Forderungen in allen fünf Handlungsfeldern.

Wir sind überaus dankbar, dass sich die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP, der Flüchtlingsrat RLP e.V. und der Initiativausschuss für Migrationspolitik in RLP für diese Initiative zusammengetan haben. Das ist besonders wichtig in Zeiten von Rechtsruck, einer restriktiven Migrationspolitik auf Bundes- wie auf Landesebene und der aktuellen Bundespolitik, die ihre Angriffe auf den Sozialstaat kontinuierlich ausweitet. Auch global sehen wir die Verbreitung autoritärer Narrative und Politiken, die mit rassistischen, frauen- und queerfeindlichen Positionen, einer anti-sozialen Politik einhergehen und Einfluss auf unser Zusammenleben nehmen, als besonders schwerwiegend an.

Umso wichtiger ist es, sich widerständig zu zeigen, Demokratie und Menschenrechte hochzuhalten. Wir beugen uns nicht einem Zeitgeist, der Geflüchtete pauschal stigmatisiert, queere Menschen, Frauen*, Menschen mit Behinderung oder Obdachlose in ihrer Würde herabsenkt und sie in ihren Rechten beschneiden will.

In diesem Sinne möchten wir einige wenige Aspekte, angelehnt an das Erwartungspapier, hervorheben, ohne jedoch damit eine Priorisierung vorzunehmen:

Wir werden uns an der Kohärenz zwischen dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten und unserem konkreten politischen Handeln messen lassen. Dafür treten wir zur Landtagswahl an!

Gerade im Kampf gegen Rechts ist es uns wichtig, Bündnisse gegen Rechts landesweit aufzubauen und zu fördern, da sowohl von der AfD wie durch rechte und rechtsextreme Gruppierungen in RLP die größte Gefahr für unsere Demokratie ausgeht. Wir wollen Ausstiegsprogramme aus Rechtsextremismus und religiösem Extremismus dauerhaft finanzieren und eine Antifaschismus-Klausel in die Landesverfassung aufnehmen. Und klar für uns ist: Schluss mit der Hufeisen-Theorie, keine Repressionen und Berufsverbote gegen linke Kräfte auf Grundlage dieser bornierten Logik!

Bei verhältnismäßig wenig ausreisepflichtigen Personen finden überdurchschnittlich viele Abschiebungen in Rheinland-Pfalz statt und das, ohne vorab Bleiberechtsperspektiven vernünftig zu prüfen. Das ist ein Skandal! Wir wollen verpflichtende Prüfungen von Bleiberechtsperspektiven einführen und grundsätzlich Bleiberechtsregelungen und Bleiberechtsbündnisse ausweiten und fördern. In diesem Sinne wollen wir einen grundsätzlichen Wandel in den Praktiken der Ausländerbehörden schaffen.

Die Bezahlkarte lehnen wir nicht nur ab, weil sie ein finanzielles Desaster für die Kommunen bedeutet, sondern ein Diskriminierungsinstrument ist! Zudem wollen wir die Abschaffung des AsylbLG, da es ein menschenrechtswidriges Sondergesetz ist. Das Existenzminimum gilt für alle!

Wir wollen, dass Integration zu einer kommunalen Pflichtaufgabe wird. Mit einer finanziellen Ausstattung, die den Verantwortlichen gute Arbeitsbedingungen ermöglicht. Integration ist kein Zusatz, sie ist grundlegend für eine Migrationsgesellschaft, wie der unseren und muss daher auch endlich so behandelt werden!

Besonders ungesehen bleibt die gesundheitliche Situation geflüchteter Menschen. Uns ist es daher besonders wichtig, dass flächendeckend für alle eine elektronische Gesundheitskarte bereitgestellt wird und psychosoziale Zentren ausgebaut werden. Ebenso gehört eine menschenwürdige Unterbringung dazu!

Ein wichtiges Anliegen ist uns zudem, ein Landesantidiskriminierungsgesetz einzuführen sowie die Streichung des Begriffs „Rasse“ aus der Landesverfassung – alternative Formulierungen hält u.a. ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landestages vor.

Und selbstverständlich unterstützen wir ein kommunales Wahlrecht für dauerhaft in Rheinland-Pfalz lebende Drittstaatsangehörige. Wir möchten zudem betonen, dass wir auch für das Wahlrecht für Wohnungslose eintreten.

In unserem Wahlprogramm sind unsere Haltungen und Forderungen zu Demokratie, Migration und Flucht sowie Teilhabe ausführlich dargestellt – wir laden alle Interessierten ein, diese kritisch zu prüfen und bei einem Landeseinzug diese von uns einzufordern.